

Wir brauchen
ein Zukunftsgesetz
für Deutschland

Mehr Mut zu Reformen

Dieter Althaus

Von dem Historiker Wolfgang Mommsen stammt der Satz: „Die deutsche Entwicklung zeichnet sich dadurch aus, dass es zwar immerfort zu Reformen und Reformmaßnahmen gekommen ist, diese aber stets in ungewöhnlichem Maße auf Widerstände, auf Reformverweigerung gestoßen sind.“ Mommsen hat Recht. Auch heute stehen viele Menschen den notwendigen Veränderungen in der deutschen Gesellschaft skeptisch gegenüber. Oft, weil sie nicht genau wissen, was auf sie zukommt. Aber häufig auch deshalb, weil diejenigen, die im Wohlfahrtsstaat aufgewachsen sind, eine zu hohe Erwartungshaltung, ein zu großes Anspruchsdenken gegenüber Staat und Gesellschaft haben. Es wird leicht vergessen oder verdrängt, dass sämtliche sozialen Wohltaten erst erwirtschaftet werden müssen. Ein Leben, das überwiegend auf Pump, auf Kosten nachfolgender Generationen geführt wird, ist jedoch unverantwortlich.

Dass man selbst für sein Leben verantwortlich ist – nicht der Staat und nicht die Sozialsysteme –, ist für etliche Zeitgenossen eine ganz neue Erfahrung. Mancher wird sich von lieb gewonnenen Denkgewohnheiten verabschieden müssen. Langsam wächst die Erkenntnis, dass die in Deutschland ausgeprägte Vorstellung von der Allzuständigkeit des Staates zu einer Fessel für Kreativität und Eigenverantwortung geworden ist. Es wächst die Erkenntnis, dass es höchste Zeit ist umzusteuern, sollen nicht sämtliche Gestaltungsspielräume verloren gehen.

Bundespräsident Horst Köhler hat nach seiner Wahl dazu aufgerufen, wieder mehr auf die „Kraft der Freiheit“ zu vertrauen. Es ist die Kraft, die zum Fall der Mauer vor fünfzehn Jahren, zum Erfolg der friedlichen Revolution von 1989 geführt hat. Diese Kraft hat wesentlich dazu beigetragen, die Einheit Deutschlands in einem föderalen Bundesstaat zu vollenden – mit starken, selbstbewussten Ländern.

Die Lasten der Teilung gemeinsam tragen

Die Thüringer Landesregierung setzt sich dafür ein, dass Deutschlands starke Mitte im Wettbewerb der Länder gut aufgestellt ist – zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger, die sich die Freiheit in der friedlichen Revolution von 1989 mutig erstritten haben. Vieles ist seitdem erreicht worden – auch mit Unterstützung aus den alten Ländern, für die das Land sehr dankbar ist. Thüringen will so schnell wie möglich auf eigenen Beinen stehen, aber alle jungen Länder werden noch einige Zeit auf die Solidarität der alten Länder angewiesen bleiben. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Der Aufbau Ost ist eine nationale Aufgabe. Es sind die Lasten der Teilung, nicht der Einheit, die gemeinsam zu tragen sind.

Deutschland braucht einen neuen Kraftakt

Fünfzehn Jahre nach dem Fall der Mauer benötigt Deutschland erneut einen Kraft-

akt, um die zahlreichen Wachstumsbremsen zu lösen und endlich wieder richtig Fahrt aufnehmen zu können. Das „Schnecken-tempo“ der Bundesregierung, die Verzögerungstaktik von Teilen der Gewerkschaften, das Ausspielen von West gegen Ost helfen nicht weiter. Im Gegenteil: Wer nur auf Besitzstandswahrung setzt und dabei den Blick für das Ganze verliert, der vergeudet wertvolle Zeit. Die Probleme häufen sich und drohen über den Kopf zu wachsen.

Die anhaltende Wachstumsschwäche und die damit verbundene Krise auf dem Arbeitsmarkt sind die größte Bewährungsprobe. Die hohe Arbeitslosigkeit gefährdet auf Dauer den inneren Zusammenhalt der Nation. Um der Zukunft Deutschlands willen sind substanzielle Reformen zwingend.

Das Ganze im Blick haben

Jeder, der politische Verantwortung trägt und unser Land voranbringen will, muss darauf achten, dass die Reformen der Steuer- und Sozialsysteme sozial ausgewogen sind. Bisher wurden die Systeme nur getrennt voneinander betrachtet, obwohl bereits heute die sozialen Sicherungssysteme durch Steuern mitfinanziert werden. Es findet also nicht nur innerhalb eines Systems eine Umverteilung statt, sondern auch zwischen den Systemen. Es wird daher entscheidend darauf ankommen, ein schlüssiges Gesamtkonzept für die großen Reformvorhaben zu finden und zügig umzusetzen.

Deshalb ist es notwendig, ein „Zukunftsgesetz“ für Deutschland zu verabschieden. Ein Gesetz aus einem Guss, das sämtliche Reibungspunkte beseitigt. Die Wachstumsstrategien der CDU zeigen den Weg aus der Krise. Klar ist: Nicht durch mehr Umverteilung, sondern nur durch mehr Wachstum können die Probleme gelöst werden.

Ohne durchgreifende Reformen, ohne ein erhöhtes Reformtempo gibt es kei-

nen Aufschwung. Wir brauchen dringend mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland, das sich in der schwierigsten Finanzlage der Nachkriegszeit befindet.

Steuern

Niedrigere Steuersätze bewirken positive Konjunkturreffekte. Deshalb muss es bei den Steuern – wie von der Union immer wieder gefordert – niedriger, einfacher und gerechter zugehen.

Das deutsche Steuerrecht ist zu kompliziert, die Steuersätze sind zu hoch. Die ständige Flut von Gesetzesänderungen zeigt, dass das Steuerrecht seine Beständigkeit, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit längst verloren hat. Nicht weniger als 58 Steuerrechtsänderungen sind in der letzten Legislaturperiode durch die rot-grüne Bundestagsmehrheit beschlossen worden. Mittlerweile gibt es mehr als 96 000 Verwaltungsvorschriften zum Steuerrecht.

Das deutsche Steuerrecht ist eine Wachstumsbremse. Zu hohe Steuersätze hemmen die wirtschaftliche Dynamik, engen Spielräume für Eigeninitiative ein und mindern die Leistungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger. Den Menschen muss die Freiheit zurückgegeben werden, sich ökonomisch wieder vernünftig verhalten zu können. Ein mit Verfremdungs- und Lenkungstatbeständen überfrachtetes Steuerrecht gefährdet letztlich die Freiheit des Steuerpflichtigen und auch die Steuergerechtigkeit.

Das geltende Steuerrecht ist von einem in der Sprache klaren, in der Struktur einfachen und verständlichen und damit für alle Steuerzahler gerechten Regelungs- werk weit entfernt. Durch Ausnahmetatbestände, Subventionsangebote und Formulierungsmängel ist das Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durchlöchert wie ein Schweizer Käse. Das hat zur Folge, dass die Steuerbelastung des einzelnen Bür-

gers nicht nur von seiner Leistungsfähigkeit und der Höhe seines Einkommens abhängt, sondern ebenso von dem Gestaltungsgeschick seines Steuerberaters. Deutschland kann sich sein kompliziertes Steuerrecht einfach nicht mehr leisten. Dieses System hat nur einen Vorteil: Es sorgt dafür, dass die Steuerberater und Finanzbeamten viel zu tun haben – die Zahl derer, die im deutschen Steuerrecht die Orientierung verlieren, wächst von Jahr zu Jahr.

Letztlich kann der Steuerpflichtige nicht mehr erkennen, warum er die von ihm verlangten Steuern zu zahlen hat. Vor allem muss er den Verdacht haben, dass er gegenüber anderen Steuerpflichtigen überdurchschnittlich belastet ist.

Nur noch eine durchgreifende Reform des Steuerrechtes, die diesen Namen auch verdient, kann den ursprünglichen Prinzipien wieder Geltung verschaffen. Als Beispiele sind die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Klarheit der Gesetzessprache, Einfachheit der Struktur zu nennen. Deshalb die Forderung: Steuern runter! Befreit das Steuerrecht beziehungsweise den Steuerzahler – so weit und so schnell wie möglich – von Lenkungs-, Interventions- und sonstigen Ausnahmetatbeständen!

Diese Forderungen sind nicht neu, aber aktueller denn je. Bereits in den „Petersberger Steuervorschlägen“ von 1997 heißt es unter anderem: „Die Steuersätze bei der Einkommensbesteuerung in Deutschland sind zu hoch, das Steuerrecht ist zu kompliziert, die Steuergerechtigkeit leidet unter zahlreichen Steuervergünstigungen und Sonderregelungen. Eine umfassende Reform der Einkommensbesteuerung ist dringend erforderlich.“

Sicher, es ist eine Mammutaufgabe, den deutschen Steuerdschungel zu lichten. Aber genauso fest steht, dass dieser Wildwuchs nicht unter Naturschutz steht. Warum sollte in Deutschland nicht möglich sein, was viele der europäischen

Nachbarn bereits erfolgreich umgesetzt haben?

Arbeitsmarkt

Das gilt auch für den verkrusteten deutschen Arbeitsmarkt, auf dem in den vergangenen zwei Jahren 1,1 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse weggebrochen sind. Es wird höchste Zeit, das Arbeitsrecht zu flexibilisieren und zum Beispiel den Kündigungsschutz beschäftigungsfreundlicher zu gestalten. Und beschäftigungsfreundlicher heißt arbeitnehmerfreundlicher. Denn wir dürfen nicht nur an die denken, die über einen Arbeitsplatz verfügen, sondern muss diejenigen im Blick haben, die auf der Suche nach neuen Arbeitsplätzen sind. Bei Neueinstellungen darf das Kündigungsschutzgesetz erst ab einer Betriebsgröße von mehr als zwanzig Mitarbeitern Anwendung finden. Diese Regelung reduziert die Einstellungshemmnisse und hätte – insbesondere in den jungen Ländern – eine spürbare Belebung des Arbeitsmarktes zur Folge.

Leistung muss sich wieder lohnen. Mit anderen Worten: Wer arbeitet, muss mehr in der Tasche haben als der, der nicht arbeitet! Und grundsätzlich ist jede Arbeit zumutbar, die zum Lebensunterhalt beiträgt. Zwei einfache, klare Prinzipien, denen wieder mehr Geltung verschafft werden sollte. Es kann nicht sein, dass in Deutschland der Niedriglohnsektor brachliegt, weil die Sozialhilfe einen höheren Lebensstandard garantiert. Deshalb müssen die Anreize verbessert werden, auch einfache Tätigkeiten mit geringerer Bezahlung aufzunehmen – durch ein System der staatlichen Lohnergänzungsleistungen.

Soziale Sicherungssysteme

Die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ist ein wesentlicher Teil der innenpolitischen Erneuerung. Weil die Krankenkassenbeiträge zusammen mit

den übrigen Lohnzusatzkosten den Faktor Arbeit belasten und damit Wachstum und Beschäftigung behindern, sind die Gesundheits- von den Arbeitskosten zu entkoppeln. Ziel muss eine deutliche Reduzierung der Lohnnebenkosten sein, die insgesamt nicht über vierzig Prozent liegen dürfen.

Selbstverständlich muss bei der Gesundheitsreform der Grundsatz gelten, dass das medizinisch Notwendige für alle geleistet werden muss, dass keine Zweiklassenmedizin gewollt ist. Die Anpassung der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, muss die Leistungsfähigkeit und die demografische Entwicklung der Gesellschaft angemessen berücksichtigen.

Die Vorschläge der CDU sind dazu ein wichtiger Beitrag. Es geht um eine Reform, die mittelfristig für ein bezahlbares und gerechtes Gesundheitswesen sorgt. Der notwendige Sozialausgleich für Kinder und Bezieher kleiner Einkommen soll über Steuern finanziert werden.

Schlanker Staat

Es geht darum, die in Deutschland vorhandenen Potenziale für mehr Wirtschaftswachstum und damit für mehr Arbeit zu stärken. Auch deshalb darf der Staat nicht alle Aufgaben übernehmen, die der Einzelne oder die jeweils kleinere Gemeinschaft aus eigener Kraft erfüllen kann. „Der Sinn des Staates muss sein, die schöpferischen Kräfte eines Volkes zu wecken, zusammenzuführen, zu pflegen und zu schützen“, hat Konrad Adenauer einmal gesagt. Der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik hatte Recht: Das sind die Kernaufgaben des Staates. Darauf müssen wir uns konzentrieren – gerade in Zeiten knapper Kassen.

Deshalb gehören die Verwaltungsstrukturen überall in Deutschland auf den Prüfstand. Es sind Strukturen, die vielleicht ihre Berechtigung hatten, die

aber jetzt – im Zeitalter des Internets und unter veränderten demografischen Bedingungen – nicht mehr den Erfordernissen an eine moderne, bürgernahe und effizient arbeitende Verwaltung gerecht werden.

„Im verdorbenen Staat gibt es die meisten Gesetze“, soll der römische Geschichtsschreiber Tacitus gesagt haben. So weit ist es noch nicht in Deutschland. Klar ist aber: Es gibt zu viele Gesetze und Vorschriften. Bürger und Unternehmen, ja manchmal die Verwaltung selbst, finden sich nicht mehr im Vorschriftendschungel zurecht.

Das Paragrafendickicht und die staatliche Überregulierung hemmen Innovation und Privatinitiative. Nur wenn wir die Vorschriftenflut eindämmen, geht es wieder voran mit unserem Land. Überflüssig sind auch die Vorschriften, die die Menschen nicht verstehen. Es kann nicht sein, dass selbst in Verwaltungsverfahren immer öfter Rechtsanwälte eingeschaltet werden, weil die einschlägigen Normen so kompliziert sind. Deshalb ist noch stärker darauf zu achten, dass die Gesetze klar und deutlich formuliert sind. Rechtsnormen sollen das Zusammenleben erleichtern und nicht unnötig erschweren.

Föderalismus

Was ist zu tun, um Deutschland wieder voranzubringen? Die Antwort lautet: Deutschland lässt sich nur in Form bringen, wenn alle an einem Strang ziehen. Bund und Länder müssen ihren Beitrag leisten, damit unser Land wieder zukunftsfähig wird. Das gilt auch und gerade für die Reform der bundesstaatlichen Ordnung.

Bundespräsident Köhler hat in seiner „Erfurter Rede“ am 3. Oktober 2004 gesagt: „Die Staatsapparatur gehört entrottet, umgebaut und in Schwung gebracht.“ Die kontroversen Diskussionen der Föderalismuskommission, die in wenigen Tagen ihre Empfehlungen vorlegen wird,

machen die Spannweite der Fragen deutlich, die gelöst werden müssen, um die Staatsapparatur wieder in Schwung zu bringen. Als Beispiele sind die unterschiedlichen Ansichten zur Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes, die Kompetenzverteilung im Hochschulbereich und die Vertretung der Länderinteressen gegenüber Brüssel zu nennen. Die klassischen Aufgaben der Landespolitik müssen wieder klar definiert werden, etwa Bildungs- und Hochschulpolitik. Aus diesen Bereichen muss sich der Bund wieder zurückziehen, auch wenn die gegenwärtige Regierung sie gerade als neue Lieblings-„Spielfelder“ entdeckt hat.

Jetzt besteht die Chance, den Föderalismus und damit auch den Bund insgesamt zu stärken. Wichtig dabei ist das Bewusstsein, nicht bloß für Einzelinteressen, sondern für das Gemeinwesen als Ganzes verantwortlich zu sein, und der feste Wille, dieser Verantwortung nach bestem Wissen und Gewissen gerecht zu werden. Denn eine Reform der bestehenden föderalen Verfassung kann nur in einem solchen Geist gelingen.

Föderalismus und Europa sind kein Gegensatz! Im Gegenteil: Der föderale Aufbau macht Europa erst möglich. Wenn den Bürgerinnen und Bürgern in der größeren Einheit Europa nicht die überschaubare Heimat bleibt, werden sie Europa nicht akzeptieren. Alles Uniforme ist

uneuropäisch. Die Länder haben erheblich dazu beigetragen, dass die neuen Mitgliedstaaten die Voraussetzungen für den Beitritt erfüllen konnten. Es ist gut, dass der gerade unterzeichnete europäische Verfassungsvertrag eine klare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen europäischer, nationaler und regionaler Ebene vorsieht.

Reformen sind kein Selbstzweck

Nur wenn wir überholte Strukturen anpassen, auf Leistung und Innovation setzen, können wir die Zukunft erfolgreich gestalten. Das schließt Reformen mit ein, die für viele Bürgerinnen und Bürger Zumutungen darstellen. Die Menschen werden die notwendigen Veränderungen umso eher akzeptieren und mittragen, wenn die politisch Verantwortlichen mit gutem Beispiel vorangehen. Denn wer anderen etwas zumutet, muss sich selbst auch etwas zumuten, um glaubwürdig zu bleiben. Es muss noch stärker als bisher deutlich werden: Reformen sind kein Selbstzweck, Reformen müssen den Menschen, die Zukunft der Gesellschaft und dieses Landes zum Ziel haben.

Reform bedeutet, etwas wieder in die richtige Form zu bringen, was aus den Fugen geraten ist. Wenn wir diesen Weg konsequent fortsetzen, heißt Reform auch in der heutigen Zeit: mehr Wachstum, mehr Arbeit, mehr Wohlstand – für alle!

Gemeinsam aus der Krise

„Die gewichtigere Komponente (der deutschen Wirtschaftskrise) indes bilden Faktoren, die mit Wiedervereinigung und Aufbau Ost nichts zu tun haben: Rahmenbedingungen, die im internationalen Wettbewerb der Produktionsstandorte nicht mehr geeignet sind, Investieren und Produzieren in Deutschland genügend attraktiv zu halten. [...] Eine Wachstumspolitik, die gesamtdeutsch wirkt, wird die Entwicklung auch im Osten beschleunigen. Deutschland Ost und Deutschland West kommen gemeinsam aus der Krise – oder gar nicht.“

Rüdiger Pohl in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. November 2004